

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 10

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kann ich zwischen den zwei Lösungen wählen? Frei? Nein, denn nur die eine ist richtig. Es stimmt zwar, dass ich mit irgendeinem Hinter-

Auch wenn es den Psychologen nicht so gefällt: die kausal bedingte freie Entscheidung ist letzten Endes eben keine.

gedanken behaupten kann, dass ich die zweite Lösung gewählt habe, aber für mich muss ich — ob ich will oder nicht — die erste, die richtige, die logische wählen — aus innerem Zwang.

Aus diesen Beispielen ergibt sich folgende Folgerung: Zwischen zwei Lösungen, zwei Thesen, wähle ich nicht frei, wenn die eine richtig, die andere falsch ist.

Was muss ich demgegenüber eine freie Wahl nennen?

Der Fall der freien Wahl kann nur dann vorliegen, wenn ich alle beide Thesen (Lösungen) wahr finde, d. h., beide Thesen gleichermassen logisch, für meinen Verstand also annehmbar sind.

Die freie Wahl ist also — obzwar die Entscheidung der Tätigkeit des Denkens nicht entbehrt — keine intellektuelle, verstandesmäßige Wahl. Sodann werden zwei Fragen aufgeworfen:

1. Gibt es zwei oder mehrere solcher Thesen, auf eine Frage mehrere solcher Antworten — von denen jede einzelne als gleichermassen richtig, vernünftig angesehen werden kann? (Aufgrund unserer Geschichtskennntnisse, unserer gesellschaftlichen Erfahrungen können wir recht viele solcher Fragen, Aufgaben aufzählen. Gerade auf die sogenannten «grossen Fragen» erhalten wir unterschiedliche Antworten, unterschiedliche Lösungen.)

2. Wenn es zwei Thesen gibt, die gleichermassen nachweisbar, gleichermassen belegbar sind, wie können wir dann überhaupt zwischen ihnen wählen? Und wenn ich wähle, was war der Grund, was war die Ursache?

Ich verlange die Freiheit gegenüber andern, um meiner inneren Gesetzmässigkeit gerecht zu werden. Aber wie reimt sich das mit dem «Ich» der andern?

Um auf die Tiefe des Problems hinzuweisen, braucht man nur die Gegenfrage zu stellen: Wenn hinter der einen These gewichtigere Argumente angeführt werden, wie sollten dann beide Thesen gleichermassen zu belegen sein? Wenn für die eine These gewichtigere Argumente sprächen, wären wir dann nicht gezwungen, uns für sie zu entscheiden? Aber wo bliebe dann die Freiheit der Wahl?

Es ist natürlich, dass ich auch im Falle der freien Wahl einen Beweggrund nennen kann, aber der genannte Beweggrund kann an sich kein ausreichender Beweggrund sein. Natürlich ist auch, dass ich mich mit der Erklärung nicht zufriedengeben kann, mit der die Kinder aufwarten, wenn sie nach einer solchen schwierigen, freien Wahl auf unsere Frage, warum sie das getan haben, antworten: Einfach so.

(Womit ich keinen Augenblick in Zweifel ziehen will, dass wir im Falle einer verantwortungsvollen freien Wahl nicht das Recht auf diese lapidare, abweisende Antwort hätten.)

Aber denken wir die Möglichkeiten zu Ende!

Von freier Wahl können wir sprechen, wenn beide sich anbietenden Thesen für meinen Verstand gleichermassen annehmbar sind. Frei haben wir also dann gewählt, wenn unsere Wahl keinen Beweggrund hatte, wenn es keinen Grund gab, der mich zur Entscheidung brachte. Oder aber der entscheidende Grund kann niemals ausgegraben werden; er steckt im unanalysierbaren Wesen unserer Persönlichkeit. Die im Laufe der freien Wahl erbrachte Entscheidung hat also entweder keinen Grund, oder wir können ihn nicht erkennen.

Der forschende Verstand kann sich zwar über diese Schlussfolgerung entrüsten, muss sich aber trotzdem damit abfinden. Denn wenn man das Ergebnis leugnen wollte, müsste man nämlich die Behauptung aufstellen, dass es für jede menschliche Entscheidung erkennbare Ursachen gibt. Es wäre eine vage und unverantwortliche Prognose, dies selbst für die fernere Zukunft anzunehmen, und zu behaupten, die Wissenschaft könne die menschliche Persönlichkeit jemals in ihre Komponenten zerlegen. Das wäre ja nichts anderes als die endgültige Liquidierung der menschlichen Persönlichkeit.

Die Psychologie ist gewollt oder ungewollt ein Feind der Freiheit, obwohl sie eine derjenigen Wissenschaften sein sollte, die berufen sind, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. In ihrer wissen-

schaftlichen Besessenheit kann sie nicht schlucken, dass sie die Ursache einer Entscheidung nicht suchen kann, oder jedenfalls nicht finden kann, da diese aus der Logik der Freiheit heraus nicht existiert oder nicht greifbar ist. Lieber leugnet sie die Freiheit, im Glauben, dass sie eines Tages in der Lage sein wird, alles zu erklären.

Wenige bemerken, dass das «Ich werde alles wissen» eine kühnere Annahme ist als eine Entscheidung ohne eine offenkundige Begründung.

Ist das Gesetz von Ursache und Wirkung allgemeingültig, so verliert die Freiheit ihren Platz.

Die These, dass ich den Beweggrund einer Entscheidung nicht kennen kann, ist vielleicht überraschend, aber überhaupt nicht neu. Genau dasselbe, nur noch radikaler, sagte Kant, als er von der Freiheit sprach: Schön ist, was mir ohne Interesse gefällt. Anders gesagt: Ich habe keinen nennbaren Anlass, wenn ich sage: Das ist schön! Es ist nicht meine Absicht, mich zu weit in philosophische Tiefen vorzuwagen. Ich spreche nicht aus — unrevidierbar —, dass es für die freie Entscheidung kein Motiv gibt, ich sage nicht aus, dass die Welt der Kausalität bei der menschlichen Persönlichkeit aufhört. Möglich, dass dort kein Motiv mehr ist, aber möglich ist auch, dass es ihrer unbegreiflich viele sind. Was praktisch bedeutet: Ich kann sie nicht kennenlernen. ■

Einheitsjugend auch in Polen

Osteuropa ist um eine Ausnahme von organisatorischem Pluralismus ärmer. Polen hat seine Jugendbewegung durch Zusammenschluss vereint und damit den Anschluss an die Normalität des Sowjetlagers bewerkstelligt.

Bisher hatte es verschiedene parallele Jugendverbände auf nationaler Ebene gegeben, nämlich den Verband der Sozialistischen Jugend (ZMS), den Verband der Bauernjugend (ZMW), die Vereinigung Polnischer Studenten (ZSP), den Sozialistischen Bund der Soldatenjugend (SZMW), der seinerseits vor drei Jahren aus einer Vereinigung der früheren Soldatenzirkel hervorgegangen war, und die Kinderorganisation des Pionierverbandes (noch Pfadfinder genannt, ohne aber mit der international unter diesem Namen bekannten Organisation etwas gemein zu haben).

Nach 1956 hatten diese verschiedenen Gruppierungen sogar eine gewisse Autonomie erlangt, die sich allerdings in den folgenden Jahren immer mehr verlor.

Nach 1971 hatte Gierek seine Liberalisierung mit Anpassung an die sozialistischen Bräuche der Nachbarn zu kompensieren, und so kam es 1973 zu einem ersten wichtigen Schritt in der Zentralisierung einer betont parteilich ausgerichteten Jugendbewegung. Damals mussten sich erst einmal alle betreffenden Organisationen mit Ausnahme der Pioniere den Namen sozialistisch zulegen. Darüber hinaus wurden sie aber auch erstmals einer Dachorganisation unterstellt, nämlich der Föderation Sozialistischer Verbände

der Polnischen Jugend (ZSMP). Schliesslich mussten mit Ausnahme des ZSP die diversen Jugendvereinigungen ihre eigenen Vertretungen an den Hochschulen aufgeben, so dass dort die Jugendorganisation monopolisiert wurde.

Ende April dieses Jahres wurde nun in einer zweiten Etappe, die zu erwarten gewesen war, der grosse Zusammenschluss durchgeführt. Die Arbeiterjugend, die Bauernjugend und die Soldatenjugend lösten ihre eigene organisatorische Existenz auf und wurden zum Sozialistischen Verband Polnischer Jugend zusammengenommen. Als eigene Gruppierungen (unter dem Dachverband) verbleiben die Studentenvereinigung und die Kinderorganisation, die aber ohnehin in einem Abhängigkeitsverfahren zum früheren ZMS und somit zum jetzigen Einheitsverband steht.

Am abschliessenden gesamthaften Jugendkongress vom 30. April sprach Parteichef Gierek. Ein Auszug aus seiner Rede kann bei dieser Gelegenheit vorgestellt werden:

«Zu den wichtigsten patriotischen Pflichten der Jugend und des Landes gehört die Festigung der Verteidigungsbereitschaft. Man braucht wohl keinem Polen die Wichtigkeit dieser Pflicht in Erinnerung zu rufen. Unsere ganze Aufmerksamkeit gehört der ständigen Erhöhung von Rüstungsniveau und militärischem Ausbildungsstand. Das Verhältnis zum Militärdienst, das ist einer der wichtigsten Gradmesser für die Einstellung und die Anschauungen eines jeden polnischen Jungbürgers. Tut alles in euren Vereinen, damit dieses Verhältnis zum Militärdienst den grossen Traditionen unseres Vaterlandes und seiner lebenswichtigen Interessen würdig ist.» ■

à propos Mensch

KSZE, Helsinki, Korb 3: mehr Menschlichkeit im internationalen Bereich hiess das doch?

Eine Gruppe norwegischer Parlamentarier nahm die Dokumente ernst, nahm auch sowjetische Äusserungen ernst, so etwa, was Vize-Justizminister Sucharjow in einem Interview mit der norwegischen Zeitung «Friheten» (7. 2.) dazu sagte: Die Sowjetbürger seien stolz darauf, alle in solchen internationalen Rechtsdokumenten verankerten Rechte zu geniessen. Bitte, man könne schauen kommen...

Am Sacharow-Hearing in Kopenhagen (Oktober 1975) bezeugten allerdings zahlreiche Sowjetbürger, dass dem nicht so sei. Die «Prawda» verwarf jene Information am 20. Februar wieder einmal als Verleumdung.

So beantragten acht Abgeordnete Mitte März, unter Hinweis auf die obigen Fakten, Visa für einen zehntägigen Besuch in der UdSSR, nebst der Genehmigung, die Häftlinge Vins, Kowaljow und Bukowskij aufzusuchen. Ausserdem würden sie Prof. Sacharow, Gen. Grigorenko, die Priester Dudko und Jakunin sowie die Angehörigen Vins' treffen wollen.

Prompt schickte die Sowjetbotschaft in Oslo bereits zwei Tage darauf... die Gesuche zurück. Abgelehnt unter Bezugnahme auf das KSZE-Abkommen, Teil I, Punkt 6 über «Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten».

Darauf wünschten die Parlamentarier ein Treffen mit dem Botschafter, um das «offensichtliche Missverständnis» zu klären: «Unser Vorhaben ist ganz eindeutig im Geist der Vereinbarung von Helsinki, deren Hauptziel es war, eine neue Atmosphäre der Zusammenarbeit und des Vertrauens zwischen den Teilnehmerstaaten zu schaffen. Unser Besuch wird inoffiziellen Charakter tragen, und wir haben weder die Autorität noch die Möglichkeit, uns in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion einzumischen.»

Keine Antwort. So wurde die Sache eine Woche später im norwegischen Parlament aufgeworfen, und Aussenminister Frydenlund intervenierte bei der Sowjetbotschaft. Keine Antwort. Ein erneuter Brief der reisewilligen Parlamentarier vom 2. April wurde ebenfalls ignoriert. Darauf schrieben sie an das sowjetische Aussenministerium: Man verahre sich gegen eine solche Behandlung durch die Sowjetbotschaft — «soweit wir verstehen, ist dies nicht im Einklang mit den traditionellerweise gängigen Normen diplomatischer Beziehungen».

Und es widerspricht dem Grundsatz aus KSZE-Korb 3, «freieren Verkehr und Kontakte, individuell und kollektiv, privat oder offiziell, zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu ermöglichen...»

Man wartet noch auf Antwort.

HTD



«Erzogen im Geiste des Antisowjetismus: Luftlandtruppen der chinesischen Armee.» Bild und Legende aus «Volksarmee», Ostberlin, Nr. 17/1976.

Der Kommentar

Zu China

Frage: Wie wirken sich die innenpolitischen Erschütterungen Chinas auf seine Aussenpolitik aus? Antwort: Bis anhin überhaupt nicht.

Anscheinend (oder scheinbar?) hat die grosse Kampagne gegen die «Wegbereiter des Kapitalismus in der Partei» mitsamt ihren Machtkämpfen und sogar ihren Richtungskämpfen keinerlei aussenpolitische Dimension.

Man muss sich entsprechende Vorgänge anderswo vorstellen, um gewahr zu werden, wie erstaunlich das eigentlich ist. Es wäre überall sonst nahezu undenkbar, dass bei einem Ringen dieses Ausmasses aussenpolitische Optionen nicht ins Spiel gebracht würden. In China sind sie, soweit ersichtlich, aus dem Spiel geblieben. Man hat einen Machthaber mit der falschen Linie gegen einen Machthaber mit der richtigen Linie ausgetauscht, und die aussenpolitische Linie war einfach nicht dabei.

Die seinerzeitige Entmachtung von Lin Piao mag in dieser Hinsicht ein bisschen anders ausgesehen haben als die jetzige Entmachtung von Teng Hsiao-ping. Lin Piao hatte («bekanntlich» und doch angeblich) den Tod gefunden, als er zu den sowjetrevisionistischen Feinden flüchten wollte. Aber das hatte keineswegs die Bedeutung, dass er einen sowjetfreundlichen Kurs eingeschlagen hätte, wenn er der Sieger geblieben wäre. Er hatte sich als Sowjetfresser hervorgetan, als er, designierter Nachfolger Maos, zur Spitze gelangte. Zum Sowjetfreund wurde er erst nach seinem Sturz, als sein Image die beliebige Sache seiner innenpolitischen Feinde war. Und zu diesem prä-mortalen bis posthumen Zeitpunkt war er ja auch als Kapitalist bekannt. Wie heute Teng. Inhaltlich hat das alles wahrscheinlich nicht so viel zu bedeuten.

In einer chinesischen Politik mit immer neuen Veränderungen hat es in den letzten zwölf Jahren eigentlich immer nur die gleiche Hauptsache gegeben: die Feindschaft zur Sowjetunion. Das Element gerade, an dessen Revidierbarkeit man bei jedem Kurswechsel, bei jeder neuen Konstellation, in sofortiger Fragestellung dachte. Aber es hat sozusagen eine Bewährungsprobe nach der andern überstanden: die Kulturrevolution, die Affäre Lin Piao, die Anti-Konfuzius-Kampagne, jetzt die Entmachtung von Teng Hsiao-ping.

Die Feindschaft zur Sowjetunion zeichnete auch gleicherweise die Perioden ideologisch radikaler Dominanz wie die Perioden pragmatischer Observanz aus. Sie war ein konstantes Element in

Zitiert...

«Die gegenwärtige internationale Lage, gekennzeichnet durch ‚grosse Unordnung unter dem Himmel‘, ist ausgezeichnet. (...) Der Kampf der Völker der Erde gegen den Hegemonismus nimmt an Kraft und Tiefe zu. Angesichts des wilden Wettstreits zwischen den beiden Supermächten sowie der sozialimperialistischen Expansion und Aggression stärken die Länder und Völker der asiatischen und pazifischen Region ihre Einheit. Sie führen einen gemeinsamen Kampf, fest entschlossen zur Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit. Solange die Länder und Völker in diesem Teil der Welt sich zusammenschliessen und einen entschlossenen Kampf führen, kann der Sozialimperialismus, davon sind wir überzeugt, mit seinen expansionistischen Zielen und seinen aggressiven Vorhaben nicht auf Erfolg hoffen.»

«Volkszeitung», Peking, 28. April 1976, in der Grussbotschaft an den neuseeländischen Ministerpräsidenten Robert Muldoon anlässlich seines Besuches in China.

konstanter Verstärkung, übrigens ohne Rücksicht auf das ideologische Verhalten des Feindes: die sowjetische Entstalinisierung brachte den Krach, die sowjetische Restalinisierung verstärkte ihn.

*

Und das setzt sich auch heute fort, Teng hin oder her. Der jüngste Stand wird ganz gut illustriert durch die Grussbotschaft an die australischen Gäste, die wir hier unter «Zitiert» anführen. Die beiden Supermächte werden nur noch als Träger ihres Konkurrenzkampfes in einem Atemzug genannt, aber vom Vorwurf der Expansion und Aggression sind die USA jetzt schon (ich glaube erstmals) eindeutig ausgenommen; er wird ausdrücklich an die Adresse der UdSSR allein erhoben.

Mit dieser Feststellung soll keine politische Gesetzmässigkeit postuliert werden. Mit Maos Weggang können sämtliche Fragen neu gestellt werden, und das Verhältnis zur Sowjetunion bildet

da keine Ausnahme. Immerhin kann man heute vielleicht so weit gehen, unter Vorbehalt aller Vorbehalte zu sagen: Es ist immer unwahrscheinlicher geworden, dass einer in China mit pro-sowjetischem Image zur Macht kommt oder dass einer mit pro-sowjetischer Politik die Macht behauptet.

*

Die Frage ist allerdings (siehe Seite 2) auch und wahrscheinlich vorrangig, wieviel Macht es noch geben wird, bis alle innenpolitischen Kämpfe ausgetragen sind, die nach Maos Weggang erst recht kommen müssen. Ein ohnmächtiges China wird so oder so kein Gegengewicht zur Sowjetunion mehr sein, zur alleinigen Supermacht, seitdem die USA sich zur Superohnmacht entwickelt haben. Es ergibt sich, dass der Westen, sofern er einsieht, dass er zur Selbstbehauptung auf Hilfe angewiesen ist, an einem starken China interessiert sein muss.

Präferenzen für diese oder jene Fraktion sind ein realpolitischer Luxus geworden. *cb*

Militärdienst als Primarschule Primarschule als Militärdienst

In Ungarn müssen jährlich Tausende von Jugendlichen ihre Primarschulbildung, die sie auf reguläre Weise nicht hatten beenden können, im Militärdienst nachholen.

Das ist eine Information, die man zunächst als Verleumdung des ungarischen Unterrichtswesens einzustufen geneigt wäre. Aber sie stammt vom zuständigen Minister selber, und verbreitet wurde sie von der Ungarischen Telegrafagentur MTI (18. 3. 1976). Uebrigens auch in deutscher Sprache.

Der zuständige Minister war in diesem Fall allerdings nicht etwa der Erziehungsminister, sondern der Verteidigungsminister. Und dieses sonst keineswegs plakatierte Manko der Volksschulbildung kam deshalb zum Vorschein, weil seine Behebung in der Armee und durch die Armee die allgemeinnützlichen Aspekte der Landesverteidigung illustrieren sollte. So kann eine beiläufige Erwähnung in einer bestimmten Frage die Zustände auf einem ganz andern Sektor sichtbar machen.

Seine indirekte Bemerkung zum Bildungsstand der Nation machte Verteidigungsminister Lajos Czinege in einem Exposé über den Stand der Landesverteidigung und das neue Verteidigungsgesetz. Hier, wo es ihm unter anderem darum ging, die übermilitärische Bedeutung des Militärs zu zeigen, sagte er laut MTI:

«Der Militärdienst wird aber auch dazu verwendet, dass jährlich mehrere tausend Jugendliche ihren Grundschulbesuch beenden können, den sie unterbrochen hatten. Ausserdem geht zurzeit in 16 Fächern eine Facharbeiterausbildung vor sich.»

Immerhin: Der Primarschulbesuch wird in Ungarn doch garantiert — wenigstens den wehrdiensttauglichen Personen männlichen Geschlechts. Man hatte sich allerdings seine Gewährleistung ein bisschen anders und ein bisschen früher vorgestellt.

Aber für das Nachholen des Primarschulunterrichts im Militärdienst wird dafür an den Schu-

len des Landes Gegenrecht gehalten, wo die Kinder ihre vormilitärische Ausbildung erhalten. Davon war in der Darlegung des Verteidigungsministers ebenfalls die Rede, wie sich dem Budapest-er Agenturbericht entnehmen lässt:

«Auch sprach der Minister darüber, welche wichtige Rolle der Verteidigungserziehung und der vormilitärischen Ausbildung zukommt, welche die Jugendlichen in den Schulen, in der Pionierbewegung (diese staatliche Monopolorganisation umfasst praktisch alle Kinder), im kommunistischen Jugendverband und dann im Verteidigungsverband (die spezialisierte Organisation zur paramilitärischen Ausbildung) geniessen.»

*

Abgesehen vom Hinweis auf dieses interessante Wechselspiel war das Exposé des Verteidigungsministers auch sonst interessant. Denn im Gegensatz zu ihrem Namen wird die Landesverteidigung hier ausdrücklich nicht auf die Verteidigung des eigenen Territoriums oder auch nur auf das Territorium des Warschau-Paktes beschränkt. Im Dienste der WP-Interessen ist vielmehr der weltweite Einsatz vorgesehen und ausgesprochen:

«Das grundlegende Ziel der ungarischen Verteidigungspolitik ist es, das Wehrpotential des Landes auf einem Niveau zu halten, das geeignet ist, die Grundsätze der Aussenpolitik von Partei und Staat mit entsprechender Kraft zu unterstützen, die Sicherheit des sozialistischen Systems zu garantieren; die Unabhängigkeit und den Frieden des Landes, die Erfüllung der im Warschauer Vertrag festgelegten internationalistischen Verpflichtungen und den Schutz der universellen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft zu gewährleisten.»

Die offensive Bedeutung des Militärs wird also im «Friedenslager» selbst mit jeder wünschbaren Deutlichkeit ausgesprochen; am Westen liegt es, das zur Kenntnis zu nehmen.

*

In Kürze

Noch grössere Anstrengungen bei der «sozialistischen Wehrerziehung» der DDR-Bürger hat der Chef der Militärakademie in Dresden, Generalleutnant Prof. Hans Wiesner, gefordert. Auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED sagte er unter anderem, die für die Wehrerziehung Verantwortlichen müssten sich «noch ernsthafter» darum bemühen, «alle Illusionen zum Beispiel im Zusammenhang mit den Ergebnissen von Helsinki und dem fortschreitenden Entspannungsprozess abzubauen» und vor allem der Jugend «zu einer realistischen Einschätzung der internationalen Klassenauseinandersetzung» zu verhelfen sowie «keine Unterschätzung der Aggressionspolitik des imperialistischen Klassenfeindes» zuzulassen und den Jugendlichen ein «stabiles Feindbild» zu vermitteln.

Aus dem neuen Verteidigungsgesetz noch einige Einzelheiten:

- Die obligatorische Militärdienstzeit wird von drei auf zwei Jahre verkürzt. Am effektiven Zustand ändert sich allerdings dadurch wenig, denn: «Bisher war die Dienstzeit auf 36 Monate festgelegt, dauerte praktisch aber nur 24 Monate. Der Gesetzesentwurf legalisiert jetzt diese Praxis.»

- «Eine Veränderung erfolgt auch beim Dienst im Reservestand: die Gesamtdauer der Waffenübungen wird um 25 Prozent gekürzt. Bisher konnten Männer der Reserve jedes dritte Jahr einberufen werden; in Zukunft werden sie nur jedes fünfte Jahr zwecks Fortbildung für eine längere Frist einberufen. Eine Ausnahme bilden Manöver, Inspektionen usw., die nur einige Tage dauern.» Was dabei zutage tritt: Es gibt auch dort Wiederholungskurse und Inspektionen. Nur kommen sie zur zweijährigen Militärdienstzeit noch hinzu.

- Die Wehrpflicht dauert nicht mehr bis zum 50. Altersjahr wie bisher, sondern bis zum 55. Altersjahr. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar- und Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

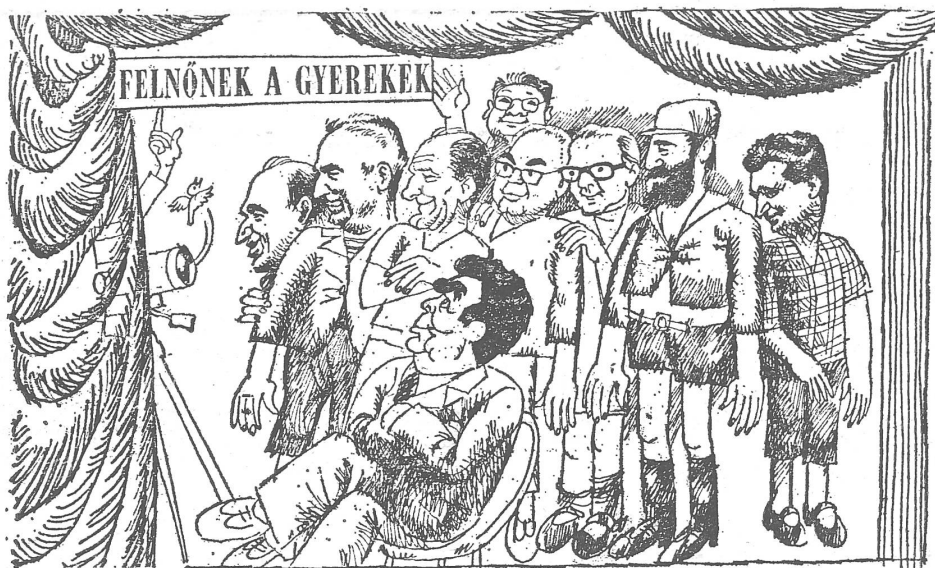
Fr. 34.– jährlich (Ausland Fr. 37.–, DM 34.–)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.–

(Ausland Fr. 23.–, DM 20.–)

Halbjahr Fr. 18.– (Ausland Fr. 20.–, DM 18.–)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.–, DM 1,50)



«Die Kinder wachsen heran.» Diese Zeichnung mit Breschnew im Kreise seiner Mündel brachte «Nepszabadsag», Budapest, am 1. 5. 1975 im Rahmen einer Karikaturenschau über die Weltbühne. Was hier auffällt, ist neben dem nett, aber klar ausgedrückten Hierarchie-Verhältnis in der sozialistischen Familie noch die halbe Abseitsstellung Ceausescus (am rechten Bildrand).

Abseits

Man kann die rumänische Sonderstellung im Sowjetlager beim benachbarten Ungarn spielerisch in einer Zeichnung andeuten. Man kann sie aber auch indirekt quittieren, zum Beispiel mit einem Aufheizen der nationalen Minderheitenfrage, und dann zeigt sich, dass eine akute Konfrontation gesucht wird. Wie das heute anscheinend der Fall ist.

Unvermittelt hat die ungarische Presse begonnen, sich der Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien anzunehmen. So weiss «Nepszabadsag» von Diskriminierung bis Verfolgung zu berichten, die sowohl erratische als auch systematische Züge aufweisen soll.

Ein Gymnasiallehrer, der bei einer Choraufführung ein (ungarisch) patriotisches Lied ohne Beziehung zur Gegenwart habe vortragen lassen, sei zur Polizei vorgeladen und dort verprügelt worden. Ein Mann, der eine deutsche Touristenfamilie nach einem Autounfall aufnahm (die Polizei hatte selber geraten, die Leute ins nächste Bauernhaus zu verbringen), erhielt angeblich eine hohe Geldbusse, als er sich als Angehöriger der ungarischen Minderheit herausstellte; weil er nicht zahlen konnte, wurde sein Haus versteigert. Neugeborene Kinder «ungarischer» Dörfer würden anderswo registriert, um das Absterben der Minorität zu dokumentieren. Angehörige der ungarischsprachigen Bevölkerungsgruppe seien bei Gesuchen um Niederlassungsbewilligung in den Städten und bei der Wohnungssuche benachteiligt.

Die Quelle für diese Informationen bilden übrigens Amerikaner ungarischer Abstammung, die mit dem Auto in Rumänien (und insbesondere im ehemals ungarischen Siebenbürgen) unterwegs waren und dann in Ungarn eintrafen und berichteten, was sie so gehört hatten. Budapest nimmt in diesem Falle die Glaubwürdigkeit als gegeben an, auch bemerkenswert, wenn man an die sonstige Warnung vor der Ausländerpropaganda denkt.

Aber solche Berichte pflegen nicht von ungefähr zu kommen. Sie zeigen eine Verschärfung der

zwischenstaatlichen Spannungen an, direkter oder indirekter. In diesem Falle könnten sie sehr wohl die mittelbare sowjetische Quittung dafür sein, dass Rumänien in den letzten Monaten in verschiedenen Publikationen an «seine» Minderheit in der UdSSR erinnert hat. Bessarabien, das früher zu Rumänien gehörte und heute als «grossrussisches Erbe» auf sowjetischem Territorium liegt, wird heute von Rumänien als historisches Problem (und damit kaum verschleiert als politisches Problem) intensiv behandelt, unter anderem mit Hilfe der marxistischen Klassiker und ihrer damaligen Aussagen.

Das trifft zusammen mit einer Phase, in der Rumänien sich im Schulterschluss mit Jugoslawien immer deutlicher gegen die sowjetische Interpretation des Internationalismus wehrt, die sich ihrerseits immer deutlicher gegen die Souveränitätsansprüche in Bukarest und Belgrad richtet, wobei die lobende Erwähnung des vor zwanzig Jahren begrabenen Kominforms durch sowjetische Veröffentlichungen eine ominöse Bedeutung erhält.

Vielsagend war in dieser Hinsicht auch die scharfe Ablehnung, auf welche die sogenannte «Sonnenfeldt-Doktrin» in Rumänien und Jugoslawien gestossen ist; auch wenn man den Westen offiziell befiehlt, wünscht man nicht, von ihm als sowjetisches Dominion abgetan zu werden.

Wirtschaft Rumänien — Schweiz

In Bukarest zeigt man sich von der Entwicklung der rumänisch-schweizerischen Handelsbeziehungen befriedigt, hält es aber für möglich und wünschbar, in den Genuss gleicher schweizerischer Zollpräferenzen wie bestimmte Entwicklungsländer zu kommen. Das ergibt sich aus einer Darstellung der Bukarester Zeitschrift «Rumänischer Aussenhandel», die im übrigen das Fehlen von Kooperationsabkommen festhält.

Die rumänisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen wickeln sich gemäss dem bilateralen Abkommen von 1972 ab, das für fünf Jahre gültig ist. Das Volumen der Handelsausweise erhöhte sich von etwa 81 Millionen Dollar 1970 auf rund 368 Millionen Dollar 1974.

Die Schweiz rangierte Ende 1974 an siebenter Stelle im gesamten Aussenhandel Rumäniens mit einem Anteil von 3,7% (bzw. 8,1% im Handel Rumäniens mit den entwickelten Marktwirtschaftsländern).

FACETTEN zum Alltag drüben

Vom sozialen Gesundheitswesen, möglichst via Systemveränderung, ist in kapitalistischen Ländern recht viel die Rede. Und deshalb ist es immer wieder aufschlussreich zu sehen, wie das soziale Gesundheitswesen nach der Systemveränderung funktioniert. Zum Beispiel die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten in Polen. «Express Wiczoyny», Warschau (6. 4. 1976) schreibt:

Warum fehlen Watte, Bandagen, Pflaster, Sprit, H₂O₂ (Wasserstoffsperoxyd), Medizinalsalze, Glycerinzäpfchen usw.? Mit dieser Frage haben wir uns an die Apothekenzentrale gewandt. Wir dachten, dass es sich um momentane Mängel handle; dass sich die Sache in einer Woche oder in einem Monat bessern werde. Doch das erwies sich als Illusion.

Wohl ist es der Zentrale bekannt, dass in den Apotheken grundlegende Artikel fehlen, aber einen Ausweg weiss man nicht. Die Versorgung mit Watte klappt seit Jahren nicht; der Bedarf lässt sich schätzungsweise nur zu 70 Prozent decken. Nicht besser steht es mit Lignin (Zellstoffwatte). An eine Produktionserhöhung ist nicht zu denken.

Die Vorräte an Sprit und H₂O₂ wären an sich genügend; hier fehlt es an Verpackungsmaterial. Wenn die Käufer entsprechende Fläschchen mitbringen, sollte man ihnen eigentlich die Waren aushändigen können.

Die Apothekenzentrale bemüht sich sehr, den Mängeln abzuwehren. Bloss der Erfolg steht aus. Das heisst, er ist schon sichtbar, aber nur in der Zunahme von Karteien und Mahnschreiben. Die Direktion sieht keine Möglichkeit zu einer baldigen Besserung der Lage.

Auch bezüglich Versorgung mit Medikamenten sind die Aussichten nicht rosig. «Polfa», der grösste Medikamentenproduzent, hat 42 Positionen, die nicht bestellungsgemäss geliefert werden können. Dabei hat man die Produktion um gut 200 Prozent gesteigert und den Plan zu 126,6 Prozent erfüllt. Doch der Inlandbedarf an Medikamenten ist nicht gedeckt.

Die ernste Lage hat die Ministerien für Gesundheitswesen, für Chemische Industrie und für Lebensmittelbeschaffung bewegt, bei den staatlichen Zentren vorstellig zu werden und grössere Mittel zum Einkauf von Rohstoffen und zur Modernisierung von Produktionsanlagen zu beantragen.